



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

56. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9300 Vorlage 16/3171 (Erläuterungsband) Vorlage 16/3274	
Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 010 (TG 70)	
– Diskussion	8

**2 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes
Nordrhein-Westfalen 35**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8458

Stellungnahme 16/2804
Stellungnahme 16/2826
Stellungnahme 16/2846

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Ausschuss diesen
Punkt einvernehmlich abgesetzt.

**3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des
Landesplanungsgesetzes 36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9809

In Verbindung mit:

4 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9805

Ohne Aussprache beschließt der Ausschuss einstimmig eine
Anhörung zu den oben genannten Gesetzentwürfen für den 9.
Dezember 2015, 10:00 Uhr.

5 LEP 37

Vorlage 16/3285

– Bericht durch MDgt Martin Hennicke (StK) 37

– Diskussion 39

6 Genehmigung des Braunkohlenplanes Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath 41

Vorlage 16/3315

Mit der Vorlage des Genehmigungserlasses und den Anmerkungen seitens der Fraktionen stellt der Vorsitzende fest, dass Benehmen mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zur Vorlage 16/3315 hergestellt ist.

7 Nordrhein-Westfalens Wirtschaft braucht Freihandel – Wachstumschancen von TTIP nutzen 44

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8644

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach eingehender Aussprache wird der Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

8 Bausteine einer gelingenden Energiewende – Wärmespeicherung und Digitalisierung vorantreiben 51

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8983

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU den Antrag ab.

9 Start-up-Kultur stärken – Ressourcen regional bündeln – NRW-Cluster bilden 55

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9797

Der Ausschuss kommt auf Bitten der antragstellenden Fraktion überein, heute auf eine Beratung zu verzichten und die abschließende Beratung in der nächsten Sitzung zu führen.

10 Breitbandstrategie des Landes 56

Bericht der Landesregierung

- Bericht durch StS Dr. Günther Horzetzky (MWEIMH) 56
- Diskussion 58

11 Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen. 65

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8982

- Stellungnahme 16/3016
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

12 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nummer 1 GewStG in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007 66

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9579

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss, der sich

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Vorlage 16/3171 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/3274

Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 010 (TG 70)

(Folgt Wortprotokoll auf Wunsch der CDU-Fraktion)

Vorsitzender Georg Fortmeier: Wie Sie alle wissen, haben wir heute die Aussprache zur Einbringung des Haushaltes, Anträge gibt es gegebenenfalls in der nächsten Sitzung, wenn nicht in diesem Ausschuss, dann in anderen Ausschüssen. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Wüst, bitte schön.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen, meine Herren! Bei unserem Haushaltsplan ist es generell so, dass die kleinen Zahlen nicht in dem Verhältnis der Bedeutung des Politikbereichs stehen, das wir uns wünschen würden – in der Regel kleine Zahlen, große Worte.

In diesem Jahr kann man das bestätigt sehen, wenn man erstens gehört hat, was der Wirtschaftsminister zur Einbringung des Haushalts gesagt hat, und wenn man zweitens das gelesen hat, was uns dankenswerterweise übersandt worden ist. Wenn das Verhältnis zwischen Zahlen, Wirklichkeit und Worten allerdings so ist, wie hier, dann fällt es langsam auf, dass die großen Worte etwas zu aufgeblasen sind. Ich möchte gerne einige Stellen einmal zur Diskussion stellen und anregen, darüber nachher auch zu diskutieren. Vielleicht gibt es dann ja noch ein paar Wortmeldungen.

Herr Wirtschaftsminister, auf Seite 3, 3. Absatz, schreiben Sie sich das Wirtschaftswachstum auf die Fahnen: 1,3 % Wirtschaftswachstum, 9 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Arbeit – ein bisher nie erreichter Wert. Fakt ist:

Das Wirtschaftswachstum lag bundesweit bei 1,6 %. Wir haben immer noch einen Wachstumsrückstand von 0,3%-Punkten. Das Wirtschaftswachstum – selbst in den neuen Bundesländern – war stärker. Die Wachstumslücke beträgt nur 0,1 %.

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen liegt bei 7,8 %, Stand: September 2015. Sie liegt damit 40 % höher als der Schnitt der westdeutschen Länder.

Wir haben seit 1991 9 % Wachstumsrückstand auf die westdeutschen Flächenländer. Wir haben schon mehrfach die Umrechnung von McKinsey zur Diskussion gestellt; das sind 3,2 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, die wir gerne hätten, wenn wir dieses Wachstumsdelta nicht hätten. Die Erklärung zum Haushalt so anzulegen, dass man am Anfang sagt, wie toll alles sei, wenn man weiß, dass man mit wenigen Jahren Ausnahme immer diesen Wachstumsrückgang hat, ist, glaube ich, nicht richtig. Mitte

der Wahlperiode sollte man gelegentlich noch einmal ein Symbol senden, dass man die Ärmel hochkrepelt und nicht schon mit dem Schönreden anfangen.

Auf Seite 3 ff. geht es um die Digitalisierung – Zitat –:

„So arbeiten wir hart daran, dass Digitalland Nummer eins zu werden – und sind auf gutem Weg.“

Wenn man jetzt die letzten zwei Wörter hört, könnte man sagen: Ja, Herr Wüst, da haben Sie doch Ihr Ärmelhochkrepeln. Aber wenn man dann schaut, was passiert und wie der Status ist – wir kommen gleich an anderer Stelle auch noch einmal darauf –, sieht man sich wieder enttäuscht. 60 % der Haushalte im ländlichen Raum sind nicht an schnellen Datenleitungen angeschlossen. 90 % der Gewerbegebiete verfügen über keine schnellen Datenleitungen – ich will ausdrücklich nicht über das Internet sprechen. Ein flächendeckender Ausbau kostet 3,2 Milliarden € in der günstigsten Variante. MICUS hat uns vorgerechnet, dass wir allein für den Anschluss von Gewerbegebieten in Nordrhein-Westfalen eine halbe Milliarde Euro bräuchten.

Wir haben jetzt – jedenfalls diejenigen, die Mitglieder oder Gäste des Runden Tisches „Breitband2 sind – schon ein paar Unterlagen bekommen. Die Kommentierung vom heutigen Tage von Herrn Professor Gerpott aus Duisburg sind an Klarheit nicht zu überbieten – Zitat –:

„Mit dieser Strategie wird NRW niemals eine Vollversorgung mit schnellen Internetverbindungen bis 2018 schaffen.“

Das ist aber genau – Zitat aus der „Rheinischen Post“ von heute – das erklärte Ziel Ihres Koalitionsvertrages. Sie verpassen auch mit diesem Haushalt wieder die Chance, eigene Impulse zu setzen. Das Land investiert kein eigenes Geld. Insofern kommt der Ausbau nur schleppend voran. Die Ausbaudynamik von 2 % pro Jahr spricht eine klare Sprache.

Nächster Punkt der Digitalisierung – Start-up: Frau Ministerpräsidentin hat ausgerufen, wir wollen „place to be“ werden. Wenn Sie sich an meine Erwiderung wiederum in der zweiten Runde an die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin erinnern, habe ich sie dafür ausdrücklich gelobt. Erstens, weil sie das als Thema selber nimmt, und zweitens, weil sie diese Ziele ausruft. Es gab ein schönes Interview von Professor Kollmann vor wenigen Wochen in der „Welt am Sonntag“, in der er die gleichen Zahlen kolportiert wie vor einem Jahr, was die Existenz von Start-ups angeht, also binnen einem Jahr keine Entwicklung bei Start-ups. Im Gegenteil: NRW nimmt im Gründerranking den letzten Platz ein. Jedes dritte Start-up-Unternehmen ist mit dem Standort Nordrhein-Westfalen unzufrieden und denkt über eine Verlagerung nach – Negativrekord in Deutschland.

Zu Industrie 4.0 auf 3 von 33 Seiten wird ausgeführt, wie toll das Thema „Kompetenzzentrum Mittelstand“ ist. Es ist ein wichtiges Thema, es ist nur nicht von uns. Es ist nicht vom Land, es ist nicht von Ihnen, sondern es ist vom Bund gefördert. Vielen Dank an Herrn Gabriel! Aber die Initiative des Landes ist das nicht.

Seite 6 Ihrer Ausführungen:

„Wir setzen immer auf die Industrie – Deindustrialisierung halten wir für ein Unwort. NRW ist eines der wenigen Länder weltweit, das noch über komplette industrielle Wertschöpfungsketten verfügt.“

Wir haben hier einmal einen Antrag zu Wertschöpfungsketten zur Debatte gestellt und haben das Beispiel der Textilindustrie beschrieben. Insofern volle Zustimmung, wie wichtig es ist, diese Wertschöpfungsketten zu erhalten.

Auch da wieder der Faktencheck: Wir haben seit Ihrem Amtsantritt 3.500 ha Industrie- und Gewerbefläche in Nordrhein-Westfalen verloren – weniger Fläche, damit Industrie und Gewerbe sich entwickeln können. Das ist Deindustrialisierung.

Wir haben bei unserer Ausschuss-Reise durch Ostwestfalen eine ganze Menge gesehen und gelernt, wie das in der Praxis aussieht. Da sieht man doch manches bestätigt, was uns hier auch andere Leute, Dritte, gesagt haben oder was wir miteinander besprochen haben. Besuch bei Nobilia: Da arbeiten auf 21 ha 2.900 Beschäftigte. Eine weitere Mechanisierung, Automatisierung, Industrie 4.0. wird dieses Verhältnis immer weiter von den Ansprüchen entfernen, die Sie mit dem Vallée-Gutachten im LEP wieder zur Grundlage der Flächenentwicklung machen. Das passt nicht zusammen. Das wissen Sie auch.

Wir wissen alle, wie da die Gemengelagen in Ihrer Koalition sind. Aber man kann nicht an der einen Stelle so eine Reise machen, das alles zur Kenntnis nehmen und an der anderen Stelle in der praktischen Politikumsetzung das Gegenteil davon tun. Das funktioniert nicht.

Was haben wir Beckhoff gesehen. Das war der Termin, bei dem wir am Abend von dem jungen Mann ein Show-Case mit den Daten darin etc. gezeigt bekommen haben. Die Botschaft war doch: Ich kann hier mit der Datenbrille steuern und in der Messehalle 5, 300 m weiter, passiert dieses oder jenes. Dann haben die mich angerufen und gesagt – der eine oder andere stand dabei: Ich soll aufhören zu spielen, ich bringe ihnen alles durcheinander. – Das heißt, man kann hier sitzen, eine Maschine steuern, die an einer ganz anderen Stelle der Welt steht.

Damit einhergehend haben wir dann beim letzten Termin in Lemgo gesehen, dass Plug-&-Play-Industrieaufbauten entwickelt werden, also das große Einrichten und die Komplexität der Einrichtung einer ganzen Fabrik werden immer weiter reduziert wird auf die Analogie zum USB-Stick: Ich schließe meinen Drucker zu Hause an den PC an und brauche keine Software mehr aufzuladen.

Wenn ich beides einmal zusammenlege, dann sorgt das dafür, dass ich Maschinen leicht ab- und aufbauen und an jeden Ort der Welt verlagern kann und sie dann von hier oder von anderswo gesteuert kriege.

Die Hemmungen des industriellen Mittelstandes – und 90 % der Industrie Nordrhein-Westfalens sind Mittelstand –, ihre Standorte zu verlagern, werden damit eher geringer als höher. Das ist ein Risiko, dem wir uns alle bewusst sein sollten.

Wenn ich als Sahnehäubchen darauf noch die Aussage des Chefs von Benteler lege: „Wir lobbyieren nicht, dafür haben wir keine Zeit, der Mittelstand klagt nicht, er reagiert“, dann sollten bei uns die Alarmglocken schrillen.

Denn es ist nicht so, Herr Minister, wie Sie auf Seite 7 sagen: „Unser Bekenntnis zur Industrie ist kein Lippenbekenntnis. Im Gegenteil.“ Die Fakten sprechen auch da eine andere Sprache.

Klimaschutzgesetz, Klimaschutzplan – mit dem Drohszenario 2018 wird durchgegriffen.

LEP – Vallée-Gutachten! Ich hatte es schon gesagt: NewPark -Beerdigung zweiter Klasse.

Landeswassergesetz, Landesnaturschutzgesetz als Auffanglösung für all die Belastungen der Wirtschaft, die man dann beim LEP aus der ersten Front der Wahrnehmung herausgenommen hat. Und so weiter, und so weiter.

Dann kommen Sie selber auf Seite 10 mit dem Bürokratieabbau und nennen als Beispiel die Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Ich glaube, das muss man ein Stück ehrlich machen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist existiert ja nicht seit 100 Jahren, das es nun zu entschlacken gilt. Sie haben es beschlossen, Sie haben es erfunden. Das jetzt als Beispiel für Bürokratieabbau zu nehmen, wird, glaube ich, nicht funktionieren. Es wird bei all denen, die überhaupt wissen, um was es da geht, auch nicht verfangen.

Die Evaluierung liegt seit März vor. Im April hat es Eckpunkte gegeben. Seit dem ist nichts passiert. Die Novelle liegt nicht vor. Ich kann Sie nur noch einmal dringend auffordern, Abhilfe zu schaffen und die Novelle vorzulegen, damit wir etwas haben, wovon wir auch hier im parlamentarischen Verfahren diskutieren können.

Die Eckpunkte lassen keine Entlastung der Wirtschaft vermuten, vielleicht eine Entlastung der Vergabestellen durch Best-Bieter-Prinzip. Okay, darüber kann man reden. Die Kommunen würde das freuen, so viel will ich gerne zugestehen. Aber hier geht es am Ende auch um die Entlastung von Wirtschaft, Mittelstand und insbesondere des Handwerks.

Abschließend noch einmal zur Förderpolitik im Besonderen! Seite 15: „Die Digitalisierung der Wirtschaft erhält viel Schub durch unsere Leitmarktwettbewerbe. Dafür stehen 640 Millionen € für innovative Projekte bis 2020 bereit.“

Fakt ist, von den 640 Millionen sind 160 Millionen Kofinanzierung des Landes, der Rest ist fremdes Geld von der EU oder von weiteren Projektträgern. Die Zahl ist außerdem nichts anderes als ein Etikettenschwindel, denn die Mittel stehen nicht alleine für die Digitalisierung bereit.

Ich habe mich einmal in eine regionale Veranstaltung gesetzt, wo alle Förderprogramme EFRE, ESF und wir alles haben, beschrieben wurden. Da wurde ganz anders geredet als hier im Ausschuss. Hier hat mittlerweile alles das Etikett „Digitalisierung“ oder „auch Digitalisierung“ oder „unter anderem oder insbesondere Digitalisierung“. Da sitzt die ganze Förderlandschaft – in dem Fall meine Heimatregion – zusammen, und dann wird beschrieben, was man damit alles fortsetzen kann wie bisher. Und wenn Sie ein bisschen an die Digitalisierung denken, ist das auch schön. Das hat mit dem, was hier beschrieben wird, nichts zu tun. Die Mittel stehen natürlich nicht allein für die

Digitalisierung zur Verfügung. Es ist die alte Cluster- bzw. Leitmarktstrategie seit 2007 – mehrfach verkauft, mehrfach umetikettiert. Neu ist das nicht.

Auf Seite 15 bis 17 finden sich Einzelausgaben zum Thema „Start-up“. Ich habe immer gesagt, wenn man 70 Millionen € für Start-ups und 25 Millionen € für Venture Capital auswirft, sind 95 Millionen € eine Menge Geld. Das habe ich immer anerkannt, das will ich auch heute tun. Das Geld ist knapp, aber es ist eigentlich falsch, es so zu machen. Es ist übrigens genauso falsch wie der INVEST-Fonds der Bundesregierung, wo man dann verlorene Zuschüsse bekommt.

Richtig wäre das, was Ihre Landesregierung durch den Finanzminister ablehnt. Ich glaube, Frau Müller-Witt war es – ich will Sie nicht zu Unrecht in Anspruch nehmen –, die dazu im Plenum reden musste. Da wurde dann immer das Schlagwort „Steuerschulplöcher“ beschrieben. Man würde nur neue Steuerschulplöcher aufmachen, wenn man versuchen würde, das in Summe in Masse verfügbare freie Geld aufgrund der niedrigen Zinsen nutzbar zu machen für Start-ups und Venture Capital. Das aber wäre der richtige Ansatz, dem Sie sich leider in Person des Finanzministers verweigern.

Fährt man also zurück auf das, was Sie da tun – 95 Millionen € sind eine veritable Summe –, während Sie im gleichen Zeitraum 800 Millionen € für die Umweltwirtschaft ausgeben, sieht man, wie die Prioritäten hier gesetzt werden. Sie sind auch mit diesem Haushalt nicht richtig gesetzt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann mich leider nur den Ausführungen des Kollegen Wüst anschließen. Wir haben einen Haushalt vorliegen, der im Großen und Ganzen an das anschließt, was in den vergangenen Jahren da war, der jetzt eine Neuerung hat, was die Ausgaben für die digitale Wirtschaft betrifft. Aber ansonsten – die Position ist ja eben schon zu Recht vom Kollegen Wüst relativiert worden – muss man sehen, dass gerade die Wirtschaftsfördermittel in dem Haushalt deutlich zurückgehen.

Man kann das sicherlich nicht so genau nachrechnen, weil wir in dem letzten Haushalt zwei Förderperioden hatten. Wenn man aber den Ansatz von 2014 gegenüber 2016 sieht, sind die Wirtschaftsfördermittel doch drastisch zurückgegangen.

Das kann man in guten Zeiten so machen. Aber Nordrhein-Westfalen befindet sich nicht in guten Zeiten, denn wir haben eine deutliche Wachstumslücke und wir haben von allen Bundesländern – außer Sachsen-Anhalt – die schlechtesten Werte.

Die Situation ist gerade hier am Industriestandort Nordrhein-Westfalen dramatisch. Ich möchte sogar sagen: Sie ist besorgniserregend. Wenn Sie sich ansehen, dass wir eine deutliche Stagnation der Bruttowertschöpfungen haben, dass wir rückläufige Entwicklungen bei den Anlageinvestitionen haben, dass die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe rückläufig ist, dann erkennt man, wie besorgniserregend die Zahlen. Da müsste eigentlich gegenreagiert werden. Das ist in diesem Haushalt leider nicht gegeben.

Im Gegenteil – wie auch schon ausgeführt wurde –: Die Prioritätensetzung innerhalb dieser Landesregierung ist eine falsche. Wir selbst sind natürlich auch für Haushaltskonsolidierung, aber man muss sehen, dass viele andere Haushalte kräftig wachsen. Hier, wo es eigentlich notwendig wäre, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, wird deutlich heruntergefahren, und das ist der falsche Ansatz. Wir haben eine falsche Prioritätensetzung innerhalb der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, um das auch noch anzuschließen: Da fehlen wirklich die Akzente. Wenn man schon nicht mit Finanzmitteln den Standort entsprechend stärkt, dann sollte das mit anderen Gesetzesinitiativen zum Beispiel beim Thema „Bürokratieabbau“ geschehen.

Es ist wirklich erschreckend, Herr Minister: Es waren Ihre eigenen Leute, die das Tariftreue- und Vergabegesetz wieder eingeführt haben. Wenn Sie jetzt darstellen, als wollten Sie das Bürokratiemonster etwas verbessern, sage ich nur: Dann sorgen Sie endlich dafür, dass Ihre Koalition den Schnitt macht, den wir nämlich vor Jahren auch gemacht haben. Ich kann Ihnen sagen: Das Ding hat danach keiner vermisst.

Wir erwarten in der Wirtschaftspolitik mehr Akzente; denn unser Land hat es nötig. Wir stehen deutlich schlechter dar, als es für manchen den Anschein hat. Deshalb sind wir hier auch absolut enttäuscht, was diesen Haushaltsplan angeht.

Oliver Bayer (PIRATEN): Herr Vorsitzender! Wir sehen derzeit im Haushalt, wenn man einmal von den Schwankungen durch die EFRE-Mittel absieht, und auch in der Wirtschaftslage, dass Nordrhein-Westfalen natürlich ganz gut dasteht. Allerdings ist das nicht unbedingt eine Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen oder der Landesregierung, sondern das ist ein nationaler Trend, der von ganz, ganz vielen Faktoren, auch globalen Faktoren, abhängt.

Insgesamt sehe ich, dass im Grunde genommen auch in diesem Ressort die Altpolitik fortgeführt wird. Man sagt zwar, man wolle etwas Neues machen, man wolle Digital- und Nummer eins werden. Das heißt, man begreift eine Entwicklung im technologischen und gesellschaftlichen Bereich als digitale Revolution und möchte dabei sein, macht aber die gleiche Politik wie vorher, die auch – möchte ich einmal sagen – nicht nachhaltig ist.

Ich frage mich auch, warum bei der Nachhaltigkeitskonferenz, die gerade draußen stattfindet, eigentlich nicht die Wirtschaftsvertreter sitzen. Warum überlassen wir das Wort Nachhaltigkeit den anderen Ressorts?

NRW möchte die Digital- und Nummer eins werden; das sagen Sie jetzt. In Deutschland haben das auch schon andere Bundesländer gesagt. Auf EU-Ebene gibt es allerdings Beispiele, wo sich Länder das schon vor über einem Jahrzehnt auf die Fahne geschrieben haben. Die haben ganz andere Mittel benutzt. Estland zum Beispiel hat sehr viel mehr Kräfte mobilisiert, um das dann auch zu werden, bis man 2011 Wahlen auch per SMS machen konnte. Das ist auch schon wieder vier Jahre her. Ob man das jetzt braucht, ist fraglich.

Klar ist aber, wenn man wirklich etwas möchte, dann muss man es auch darauf ausrichten. Das Etikett „Digitalisierung“ auf Altprojekte zu kleben oder auch ein paar Show-Projekte reichen da nicht, um darauf zu verweisen.

Wenn man für NRW Neuland betreten möchte, muss man konkret irgendwelche Projekte fördern und kann nicht einfach sagen, „das ist jetzt dieses oder jenes Projekt – Braunkohle oder Solarpark“, nein, man muss einfach Anreize schaffen, dass es Veränderungen gibt. Die kann man durchaus durch Regelungen bewirken oder auch durch Vorschriften, durch Gesetze erreichen, also nicht nur durch Förderung.

Man kann Nährboden schaffen, dass es auch ein Risikoengagement gibt: einmal bei Start-ups mit dem Ausschütten von Risikomaterial, wo NRW – noch nach Berlin – leider weit abgeschlagen ist. Daran ändern jetzt auch nichts die Initiativen. 5 Millionen € zur Förderung der digitalen Wirtschaft sind ein guter Schritt, aber 5 Millionen sind halt im Gegensatz zu anderen Dingen, die man im Landeshaushalt sieht, doch sehr gering.

Man kann natürlich auch fördern, dass es Risiko gibt, indem auch das Scheitern von Unternehmen – im Plenum ist das in der Rede von Frau Kraft gesagt worden, aber ich sehe es in der Handlung der Politik nicht – in NRW ganz normal sein muss. Da kann man auch als Landesregierung etwas tun.

Mehr Flächen ist etwas, Herr Wüst, was leider die Weiter-so-Politik fördert. Das ist nämlich etwas vermeintlich Risikoloses, aber eben auch Chancenloses, nach oben zu skalieren und zu schauen, ob man nicht aus dem, was man immer gemacht hat, etwas mehr herausholen kann. Das funktioniert leider am Ende nicht mehr so einfach. Das ist dann in dem Sinne kein Aufbruch in einer neuen Epoche.

Das Potenzial, vor allem in mittelständischen Betrieben, ist sehr groß. Es gibt auch eine hohe Bereitschaft zu investieren, auch in Digitalisierung zu investieren. Aber es muss sich eben für diese Unternehmen lohnen. Sie haben ja eine Ausschussreise gemacht, zum Beispiel auch Autozulieferer besucht und mitbekommen, dass dann, wenn zum Beispiel – ich greife das nur einmal heraus, weil es gerade ein aktuelles Thema ist – neue Antriebstechnologien gefordert sind, die nordrhein-westfälischen Unternehmen als Zulieferer neue Innovationen liefern können. Daran hat die Politik einen sehr großen Anteil an dieser Stelle.

Zum Thema „Breitbandtechnologie“ ist Nordrhein-Westfalen leider auch kein Vorbild. Das wäre aber eine große Voraussetzung dafür, dass „Digitalland Nummer 1“ überhaupt einen Sinn macht. Nordrhein-Westfalen liegt da weit zurück. Schleswig-Holstein hat da eine Glasfaserstrategie und bereits eine 21%ige Anschlussquote. Das haben wir hier gar nicht. Im Gegenteil: Nach allem, was ich gehört habe, verfolgt die Landesregierung lauter Zwischenlösungen bis dahin, das Vectoring noch durch Förderung zu unterstützen. Das ist an der Stelle herausgeworfenes Geld und eben nicht nachhaltig.

Wichtig ist also, den Breitbandausbau als langfristige Aufgabe zu sehen und nicht einfach zu schauen, dass man 2018 mal eine Marke erreicht, anhand der erkennbar wird, dass möglichst viel realisiert worden ist, egal wie, und das womöglich mit einer Technologie, die man nach fünf Jahren wieder ändern muss.

Wichtig ist es, für die Wirtschaft wirklich Anreize zu schaffen, auch etwas zu verändern und dafür zu sorgen, dass sich nicht nur einfach Start-ups an Cluster ansiedeln, die NRW zweifellos hat, vor allem in der chemischen Industrie, sondern sich auch ganz neue Felder öffnen, indem man einfach den entsprechenden Nährboden setzt.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, geflüchtete Menschen auf dem Arbeitsmarkt in Arbeit zu bringen. Das ist ja ein großes Thema. Das ist ein Teil der Flüchtlingspolitik, der noch nicht so sehr im Fokus liegt. Dazu würde ich gerne im Haushalt tatsächlich etwas sehen wollen. Ich glaube, dass das sehr haushaltsrelevant ist. Wir sollten den Erfahrungsschatz durch die Integration dieser neuen Arbeitskräfte nutzen und dafür sorgen, dass diese Menschen auch nach Nordrhein-Westfalen kommen. Da ist das Wirtschaftsministerium auf jeden Fall auch gefordert.

Zum Schluss: Die Digitalwirtschaft zu fördern oder überhaupt Unternehmen zu fördern, etwas Neues zu tun, geht sozusagen auch über das Befreien von Technologien und das Befreien von Wissen. Viele Unternehmen könnten nämlich gegenseitig davon profitieren, wenn man offene Standards setzen würde, wenn die offenen Standards dazu benutzt würden, offene Daten – also „Open Data“ – auszutauschen. Auch der Einsatz von „Open Source“ im Unternehmen ist ein großes Thema. An der Stelle würde mich natürlich interessieren, wie denn dazu die Förderung der digitalen Wirtschaft aussieht und ob es da konkrete Vorstellungen der Landesregierung gibt. – Das war es so weit von mir.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Ich muss Sie an einer Stelle korrigieren. Sie haben anfangs Ihrer Rede auf die Nachhaltigkeitskonferenz heute in diesem Hause hingewiesen und gesagt, der Wirtschaftsausschuss sei nicht beteiligt. Ein Blick in die Tagesordnung hätte Ihnen gezeigt, dass der Vorsitzende des Ausschusses um 14:00 Uhr zum Thema „Wirtschaft 2030 – neue Perspektiven“ einen Input, gibt. Ich lade Sie gerne ein, meinen Worten zuzuhören. – Als Nächster hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Vielen Dank. – Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Haushaltsdiskussionen sind auch immer ein bisschen die Stunde der Opposition. Das ist ja auch normal. Wir wissen ja auch, dass Opposition, wenn man den Blick auf das Land wirft, etwas andere Farben benutzt. Die Landesregierung und auch die regierungstragenden Fraktionen malen sicherlich in hellen und schönen Farben, während die Opposition vielleicht eher trübe und dunkle Farben wählt. Was ich allerdings bis jetzt von den Kollegen gehört habe, ist nicht dunkel, sondern nur schwarz. Wenn Sie nur schwarzmalen, dann kann man natürlich auch die Konturen des Landes nicht mehr erkennen und das ist in Ihren Ausführungen aus unserer Sicht sehr deutlich geworden.

Herr Wüst hat ausgeführt, dass wir eine Ausschussreise nach Ostwestfalen-Lippe gemacht haben, und erklärt, was alles schlecht ist und welche Gefahren auf uns zukommen. Ich habe aus dieser Reise mitgenommen: Wir waren in Nordrhein-Westfalen und diese Unternehmen sind in Nordrhein-Westfalen gesettled. Alle diese Entwicklungen, diese Ideen, diese Innovationen werden in Nordrhein-Westfalen gebildet, entstehen

dort. Diese Firmen haben auch ganz klar gesagt, dass Sie den Produktionsstandort Deutschland und auch den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen weiter priorisieren würden, weil die Rahmenbedingungen eben aus deren Sicht hier stimmen. Insofern ist das, was Sie dort gesehen haben, nicht ganz richtig.

Was sich immer wieder durch Ihre Wortmeldungen zieht, ist, dass Sie Vergleiche suchen. Sie suchen natürlich immer – das ist sicherlich ein Stück systembedingt – die Beispiele, bei denen wir gerade schlecht oder wo eben nicht so gut dastehen.

Beispielhaft will ich das an Ihrem Antrag zum Silicon Valley bzw. zu den Start-ups erklären. Da haben Sie gesagt, es müsse alles konzentriert werden. Da habe ich ein bisschen gedacht: Na ja, Sie sind in Ostwestfalen gewesen, Sie setzen sich mit der Thematik auseinander.

Aber die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist eine andere. Sie braucht eben nicht Konzentration an einer Stelle. Wir brauchen eine breit aufgestellte Wirtschaftspolitik, die sich an verschiedenen Clustern orientiert, die auch die Stärken dieses Landes mitnimmt. Sich immer nur ein Beispiel zu nehmen und zu sagen, „die anderen können es besser“, ist aus unserer Sicht an dieser Stelle nicht zielführend. Wir sind an dieser Stelle lieber das Original, wir sind die Blaupause und nicht unbedingt das Plagiat.

Eine oder zwei Sachen durften auch nicht fehlen: Bürokratieabbau. Da wird immer hoch- und runtergedreht; das kennen wir auch. Dazu hat der Minister auch genug ausgeführt, dass wir das ein Stück weit auch verstanden haben. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, wenn man sich die Reden von Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland der letzten 20 Jahre anhört, wird man feststellen, dass wohl jeder Ministerpräsident und jede Ministerpräsidentin über Bürokratieabbau geredet haben. Unser Minister hat sich jedenfalls aus unserer Wahrnehmung mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit auf den Weg gemacht – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

Tariftreue- und Vergabegesetz – das durfte an dieser Stelle auch nicht fehlen. Ich kann für meine Fraktion – ich denke, das gilt auch für den Koalitionspartner – sagen: Wir haben ein sehr gutes Tariftreue- und Vergabegesetz, und wir werden ein besseres machen. Wir sind auch froh darüber, dass wir ein Tariftreuegesetz haben. Wir halten es immer noch für falsch, dass Sie es damals abgeschafft haben.

An dieser Stelle ist es, glaube ich, einfach mal notwendig, zu sagen: Ein Tariftreue- und Vergabegesetz ist notwendig in diesem Land und wir werden es – wie gesagt – verbessern.

Das Nächste, was Sie dann ausgeführt haben, Herr Wüst – das machen Sie an unserer Stelle ja auch –: Sie sagen, na ja, beim LEP, da habe es funktioniert. Am Anfang haben Sie da auch gesagt, das Land gehe unter, die Welt gehe unter. Sie haben gesehen, im Prozess sind wir durchaus bereit, an der einen oder anderen Stelle nachzuschärfen.

Jetzt, wo Sie dieses Instrument LEP nicht mehr haben, müssen Sie das Landeswassergesetz, das Landesnaturschutzgesetz und einige andere Gesetze, die wir jetzt in der Pipeline haben, nehmen, um damit die aus Ihrer Sicht wirtschaftsfeindliche Politik

des Landes zu dokumentieren. Ich denke mir, das zeigt auch ein Stück, dass Sie mit Ihrer Argumentation da schon weit am Ende sind.

Herr Brockes, Sie hatten ja damit angefangen, dass dieser Haushalt an das anschließt, was in den letzten Jahren hier gemacht wurde. Wir sehen das auch so. Allerdings werten wir es so, dass dieser gute Haushalt an die anderen guten Haushalte, die wir bisher gehabt haben, anschließt. Insofern sind wir davon sehr überzeugt, dass wir hier nicht nur auf einem guten Weg sind, sondern dass wir auch schon verschiedene Wegmarken erreicht haben.

Lassen Sie mich schließen mit einigen Worten zur Finanzpolitik im Allgemeinen. Das ist ja auch der Klassiker: In 21 Ausschüssen sagen jetzt die Vertreter: Ja, alle anderen 19 müssen im Prinzip weniger haben, die müssen sparen, nur bei uns muss mehr Geld ausgegeben werden. Da muss ich am Ende des Tages natürlich sagen, solide Finanzpolitik sieht sicherlich anders aus und das bestätigt sich ja auch in Ihren Ausführungen hier.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich war so ein bisschen gespannt auf die Debatte heute, weil ich gedacht habe: Wir haben 2015, dann kommt noch 2016, dann ist die Landtagswahl. Wir regieren jetzt in der Koalition einschließlich der Minderheitsregierung fünf Jahre. Da stellt sich schon ein bisschen die Frage: Womit kommt jetzt die Opposition? Womit kommen diejenigen, die beim nächsten Mal in die Verantwortung wollen. Die Bilanz könnte ein bisschen der Vorgeschmack auf das sein.

Da muss ich feststellen: Das hat doch einen sehr verzagten, fast einen resignierten Eindruck gemacht. Von dem, was Sie hier vorgebracht haben, nämlich den Redetext des Ministers durchzugehen und ein paar Punkte aufzuzählen, bleibt, wenn man sich jetzt vorstellt, wie man sich gegenseitig im Wettbewerb aufstellt, nur die alte Leier übrig, das Land ein Stück weit herunterzureden.

Wenn man es eigentlich genau nimmt, war aber sehr viel Lob darin. Das können Sie jetzt nicht so sagen und nicht so zugeben. Ich verstehe auch, dass Sie bei bestimmten Reizworten Ihre internen Schwierigkeiten hier nicht ausbreiten wollen.

Ich nehme jetzt nur einmal das Beispiel Tariftreue- und Vergabegesetz: In den langen Kämpfe innerhalb der CDU um den Mindestlohn – das weiß ich doch noch ganz genau – war damals Karl-Josef Laumann einer von denen, die immer gesagt haben: Das geht so nicht. Jeder muss von seinem Lohn, von seiner Arbeit leben können. – Die Mehrheit der CDU war aber immer dagegen. Da haben Sie sich bewegt. Aber erst wir haben es so weit vorangebracht, dass auch im Bund Bewegung hineinkam. Dass Sie das so nicht zugeben können, dass Sie immer daran herummäkeln müssen, das kann ich verstehen. Man kann auch über Einzelheiten reden. Aber da würde ich mich dem Kollegen Sundermann anschließen: Das wird schon ganz vernünftig werden.

Wir gerade in OWL – das ist ja auch in einigen Redebeiträgen eben vorgekommen – und haben uns mit der Frage Digitalisierung und mit der Frage, wie das im Mittelstand angepackt wird, beschäftigt. Wer aus der Reise und aus den Gesprächen auch nur im

Ansatz den Eindruck mitnimmt, es wäre traurig und schlecht um Nordrhein-Westfalen bestellt, der ist nicht dabei gewesen.

Der Kollege Brockes hat das vielleicht berichtet bekommen, aber dann zu sagen, NRW befinde sich nicht in einem guten Zustand, kann nicht wahr sein. Alles, was wir da mitbekommen haben, auch die Aussage von Ihnen, Herr Wüst, die Mittelständler seien jetzt eher bereit, wegzugehen, hat doch alles mit dem, was wir da erlebt und vorgetragen bekommen haben, nichts zu tun. Sie haben eben erläutert, dass die Gefahr und das Risiko wachsen, dass die schneller gehen können.

Alle, mit denen wir geredet haben – es war doch nun wirklich beeindruckend, was die Mitarbeiter gesagt haben; Herr Beckhoff selber konnte nicht da sein, aber ich habe ihn vorher schon einmal erlebt, andere von uns auch auf der Hannover-Messe –, haben berichtet, wie verankert sie sind, wie die Leute bei ihnen bleiben.

Die 2.500 Leute in dieser Firma, deren Verbindung von Beschäftigten zum Unternehmen, zu der Arbeit so etwas von Bestand hat und gewachsen ist, wollen gerne dableiben. Das, was die an Unterstützungswünsche haben, war etwas, was seit langem Politik der Regierung ist. Es ist die Verzahnung von Ausbildung, von qualifizierter Ausbildung, der Wunsch, diese Fachhochschulen, diesen Fachhochschulstandort dort auf Dauer zu haben, weil dort die Leute praktisch im Betrieb und an der Hochschule ausgebildet und im Betrieb gehalten werden können und von denen auch niemand weggeht. Da war keine Kritik, das waren die Wünsche.

Als Nobilia – das haben Sie zu Recht angesprochen – gesagt hat, dass sie wegen der Taktzahl, in der sie ausbauten, in der sie die Umsatzzahlen erhöhten, eine weitere Fläche brauchen, hat niemand unter denen, die dabei waren, gesagt, das sei nicht vernünftig, sondern sie haben gesagt, man müsse gucken, dass man diese Möglichkeiten schafft. Das war zwischen allen Konsens.

Wir haben auch nicht mitgenommen, dass das nicht geht. Das müssen die immer in erster Linie vor Ort entscheiden – das ist klar. Aber ich sehe nicht irgendein landespolitisches Hindernis, warum man an dem Standort die Erfolgsgeschichte nicht fortsetzen könnte.

Die Realität dessen, was man da erlebt, ist anders als das, was Sie zusammenfassen. Das müssen Sie jetzt aus der Oppositionsrolle heraus machen, aber es hat mit dem nicht viel zu tun.

Man hat eher das Gefühl, es tut Ihnen leid, dass es nicht schlechter und dramatischer um das Land bestellt ist, weil Sie dann mehr Honig daraus saugen. Das kann ich Ihnen eigentlich nicht glauben, aber ein bisschen kommt es so herüber.

Zu anderen Punkten, die Sie angesprochen haben: Klimaschutzgesetz. Die Diskussionen um den Landesentwicklungsplan und auch um das Klimaschutzgesetz haben gezeigt – das wollen Sie nur nie wahrhaben –, dass man auch diese Instrumente nutzen muss.

Wenn man hier Industrie, Gewerbe und anderes so aufstellen will, um in dem sich verändernden Markt auch im Bereich Klimaschutz effizientere Fahrzeuge, effizientere Gebäude, effizientere Produktionstechniken und Energietechniken zu nutzen, und

wenn man ein ganzes Land dazu bewegen will – das größte Land in der Bundesrepublik –, dass Unternehmen und alle dabei anpacken, dann ist es sinnvoll, in dem langen Konsultationsverfahren beim Klimaschutzgesetz miteinander darum zu ringen, wo wir alle etwas machen können; denn der Prozess an der Stelle ist wichtig.

Wir stehen im Wettbewerb mit anderen Ländern. Wir sind ein altes, starkes Industrie- und Energieland und erleben gerade bei uns im Energiebereich, wie rasant die Veränderungen sind. Da darf es nicht sein, wenn man sich da nicht so aufstellt und die anderen nicht mitnimmt und dafür gewinnt. Ein klassisches Beispiel war für mich die chemische Industrie. Wenn wir sie nicht energieeffizienter und besser machen, dann verlieren wir diese ganzen Bereiche an andere Bundesländer, die die gerne nehmen. Insofern ist das ein sehr vernünftiger Prozess.

Im Prinzip tut es Ihnen ja nur weh, dass Sie immer meinen, Sie könnten den Gegensatz zwischen Herrn Duin und Kollegen Rimmel ausreizen und die Koalitionsfraktionen gegeneinanderstellen, dass wir – auch wenn wir zwei unterschiedliche Parteien sind, die von verschiedenen Ansätzen her kommen – in der Lage sind, im Prozess in der Sache vernünftige Ergebnisse herzustellen und Ihnen nicht das Schauspiel hemmungslos aufeinander eindreschender Fraktionen und Parteien bieten. Das tut Ihnen ein bisschen weh.

Ich halte das für vernünftig, weil es immer wieder um Sachprozesse geht. Wer leugnen wollte, dass es im Bereich Klimaschutz notwendig ist, viele mitzunehmen, das ganze Land aufzustellen, der hat, glaube ich, den Prozess nicht verstanden.

Ich will eine kleine Sache anmerken, die Sie gar nicht gesagt haben. Wenn man so lange dabei ist, dann macht es schon auch Spaß zu sehen, dass die Belastungen, die im Etat des Wirtschaftsministeriums waren, immer der größte Brocken waren. Da waren die verschiedenen Wirtschaftsminister immer etwas gebeutelt, weil der ganz große Haushaltsbrocken eigentlich einer war, der nur an die RAG durchgeleitet wurde.

Jetzt erleben wir – das ist nicht unser Verdienst alleine, sondern da waren auch Sie in Ihrer Regierungszeit beteiligt –, dass wir in diesem langen Prozess von einmal 600 Millionen € Jahr um Jahr weiter herunterkommen und dass absehbar ist, dass an der Stelle im Etat des Wirtschaftsministeriums zunehmend Luft wird. Das wird seine Fortsetzung finden. In diesen Tagen wird Auguste Viktoria geschlossen, und der Stilllegungszeitpunkt für Prosper-Haniel und Anthrazit Ibbenbüren steht fest. Dann werden die Belastungen weiter sinken und dann das Wirtschaftsministerium bekommt in seinem originären Etat endlich auch mal ein Stück mehr Luft, um handeln zu können. Das ist aus meiner Sicht eine positive Entwicklung.

Dann sehen wir, was wir im Bereich Digitalisierung angepackt haben und machen. Man kann immer wieder beklagen, dass man eigentlich viel mehr machen müsste. Wenn wir zaubern könnten, würden wir uns natürlich wünschen, dass morgen alle Gewerbegebiete und alle Privathaushalte 100 Mbit/s haben, wenn sie es denn wollen. Aber die Welt ist nun mal nicht so.

„Bayern“ mit seinem riesenaufgeblasenen Etat, von dem sie dann keine 4 % wirklich umsetzen, ist zum Glück nicht gefallen. Wenn Sie sich dann im Ländervergleich das

angucken, was bei uns tatsächlich passiert und was bei den anderen, dann stehen wir auch da ganz vernünftig da.

Insofern bin ich nach dieser Debatte, wenn sie im Landtag bei der abschließenden Haushaltsberatung nicht fulminanter wird, was die Opposition angeht, etwas beruhigter.

Wir brauchen das gar nicht hellmalen, sondern nur das zu zitieren, was wir mit den Unternehmen besprochen haben. Die Bilanz ist jedenfalls so, dass wir ganz ruhig sein können und dass wir das, was wir in die letzten fünf Jahre gemacht haben, unter den Parametern ganz gut weitermachen können. Die Zahlen und Fakten sprechen da für uns. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Bevor ich nun dem Minister das Wort erteile, der sich auch vorhin gemeldet hat, würde ich noch einmal den Kollegen Brockes und Wüst zu Wort kommen lassen. – Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Priggen hat mich mit seinen Ausführungen dazu gezwungen, mich noch einmal zu melden; denn das kann man nun wirklich so nicht stehenlassen.

Herr Kollege Priggen, ja, ich konnte auf der Ausschussfahrt nicht dabei sein; das ist richtig. Aber ich habe mir davon erzählen lassen. Doch lassen Sie sich auch richtig berichten von dem, was wir damals auf der Hannover-Messe gesehen und gehört haben. Dort hatten wir am Stand der Firma Beckhoff die Möglichkeit, auch mit dem Inhaber zu sprechen. Ich habe es mir damals nicht verkneifen, ihn zu fragen, welche Forderungen er an die Politik stellen würde.

Es wäre gut, wenn gerade Sie als Grüne da einmal genau zuhören würden. Er hat zwei Themen genannt. Beides sind bundespolitische Themen, die für ihn wichtig waren. Aber gerade die Positionen der Grünen sind da ja äußerst hindernd.

Das eine Thema, das für ihn existenziell wichtig war, ist die „Erbchaftsteuerregelung“, und das andere ist seine Aussage, dass TTIP unbedingt kommen muss. Das waren für ihn die wesentlichen Punkte. Dass da also alles toll und schön sein soll, davon war keineswegs die Rede. Ganz im Gegenteil: Er machte sich da sehr große Sorgen, weil das eben die Punkte sind und weniger Maßnahmenförderprogramme in Bezug auf Industrie 4.0 etc.

Sie haben es eben so dargestellt, als würden wir hier irgendetwas falsch oder in unsere Richtung interpretieren. Ich habe nicht interpretiert, ich habe die Zahlen des Statistischen Bundesamtes wiedergegeben, und die sind eindeutig. Da kann man sich hier vor Ort die Welt schönreden, aber die Fakten sind nun einmal so, dass Nordrhein-Westfalen am Ende der Bundesländer dasteht und das als Industriestandort. Das ist nun wirklich eine Katastrophe.

Sie haben des Weiteren noch die chemische Industrie angeführt, hinsichtlich der Sie meinten: Wir müssten die entsprechend neu aufstellen. Sie hatten ja leider nicht die Möglichkeit, an der Enquetekommission teilzunehmen. Aber bei den vielen Besuchen

haben wir leider erfahren müssen, dass heute die Investitionen, die Ersatzinvestitionen in der chemischen Industrie in großen Teilen außerhalb von Nordrhein-Westfalen stattfinden, dass nordrhein-westfälische Chemieunternehmen ihre neuen Anlagen nicht bei uns, sondern in anderen Ländern in Europa und vor allen Dingen außerhalb Europas in den USA etc. aufstellen, weil dort die Rahmenbedingungen insbesondere wegen der Energiepreise besser sind.

Deshalb, lieber Kollege Priggen, bei aller Wertschätzung, aber mit Ihren Ausführungen lagen Sie gerade völlig daneben.

Hendrik Wüst (CDU): Ich möchte auch noch einmal auf Herrn Priggen reagieren. Herr Priggen, Sie sind jetzt lange genug hier und müssten langsam mal im Wirtschaftsausschuss ankommen. Ihre Gerede ist meilenweit über dem, was in der Ausschussarbeit stattzufinden hat. Sie haben die Rede vielleicht zu lange nicht selber gemacht, aber das war wieder so eine Fraktionsvorsitzendenrede. Ich wette mit Ihnen, Sie haben weder den Einzelplan noch die Ausführungen des Wirtschaftsministers gelesen.

Im letzten Satz sagen Sie: Die Fakten sprechen für sich. Ja, welche Fakten denn? Dann nennen Sie doch einmal drei. Nennen Sie doch einmal drei Fakten aus dem Wirtschaftsetat, die Sie besonders toll finden. Sie segeln da innerhalb eines Wortbeitrags von fünf bis zehn Minuten auf Fraktionsvorsitzendenniveau und kommen hier nicht an. Sie als Grüne haben weder einen Beitrag zum Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle geleistet hat noch zum Mindestlohn. Wenn man sich Ihre Formulierungen dazu anguckt, die Sie eben gewählt haben, kann man einen anderen Eindruck gewinnen.

Ich bin froh, dass Herr Müller wieder da ist. Es ist doch im Plenum nicht an mir gewesen, einen Unterschied zwischen Herrn Remmel und Herrn Duin zu beschreiben. Es war Herr Müller, der das getan hat beim Thema „LEP“ und beim Thema „NewPark“, und zwar zu Recht. Dass Sie sich hier fast besoffen quatschen vor lauter Lobhudelei, mag ja bei Ihrer Klientel ankommen, an der Realität gemessen fallen Sie damit satt durch.

Bei einer Forsa-Umfrage kritisieren 71 % der Arbeiter in Nordrhein-Westfalen die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün, Anhänger aller Parteien kritisieren die Wirtschaftspolitik von Rot-Grün mehrheitlich – außer die Anhänger der Grünen. Deswegen sind Sie, glaube ich, ganz bei sich und bei Ihrer Klientel, aber dem Sach- und Faktentest im Ausschuss auf der Sacharbeitsebene hält das, was Sie sagen, nicht stand.

Reiner Priggen (GRÜNE): Lieber Kollege Wüst! Ich habe ja eben kritisiert und für mich bilanzierend angemerkt, dass von Ihnen beiden als Vertreter der Opposition und der Regierung, die vor dieser tätig war, praktisch nichts gekommen ist an Alternativen.

Kollege Brockes, wir sind bei Herrn Beckhoff vorher schon gewesen und hatten sehr gute Gespräche. Alles, was Sie jetzt ansprechen, ist nicht eine Kritik an dem, was die Landesregierung macht, sondern er hat die Erbschaftsteuerregelung angesprochen. Das finde ich auch nachvollziehbar, gerade bei einem Unternehmen, das vom Vater

geleitet wurde und das dann die Brüder in der nächsten Generation aus dem kleinen Betrieb aufgebaut haben. Dass denen, so wie die da arbeiten, so wie die dritte Generation schon im Betrieb beschäftigt ist, die Erbschaftsteuerfrage am Herzen liegt, das habe ich gut verstanden und gut mitnehmen können. Und bei einer Erbschaftsteuerregelung muss man natürlich aufpassen, dass genau diese mittelständischen Familienbetriebe davon nicht in der Substanz betroffen und in ihrer Tätigkeit beschränkt werden können. Da würde ich auch jedes Mal zu unseren Leuten mit nach Berlin pilgern.

Im Übrigen sind Sie doch in der Großen Koalition und Sie stellen jetzt schon praktisch seit Generationen die Kanzlerin. Was ist es denn an uns? Es ist doch an Ihnen, die Erbschaftsteuerregelung an der Stelle zu machen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Entschuldigung, das ist von Herrn Brockes gekommen. Ich habe Sie jetzt nur mitverantwortet.

Bei der Grundfrage der Erbschaftsteuerregelung habe ich gut verstanden, was Herr Beckhoff gesagt hat, und auch bei TTIP. Natürlich sind diese internationalen Abkommen vernünftig, und wir haben viele. Aber es kommt ganz genau auf das Was und Wie an und darauf, wie bestimmte Detailregelungen sind. Die Frage der Ausschaltung jeglicher normaler Gerichtsbarkeit wird auch Beckhoff nicht befürworten, dass sie an der Stelle nicht kontrollieren und unseren normalen Justizweg haben, um das dann an der Stelle auch kritisch hinterfragen zu können.

Lieber Kollege Brockes, ich will Ihnen noch einmal kurz erklären, was Sie bei der chemischen Industrie nicht verstanden haben. Ich habe zum Klimaschutzgesetz gesprochen und gesagt, dass dies ein positives Beispiel ist. Um es ganz genau zu sagen: Das, was in Uerdingen mit der Chlor-Alkali-Analyse passiert, wo ein neues Verfahren eingebaut worden ist, das über 30 % weniger Strom braucht, um die Elektrolyse zu machen, ist ein Teil des Diskurses zum Klimaschutz. Darauf, dass es diese Elektrolyse hat, ist das das Unternehmen auch selber sehr stolz ist, weil sie für alle anderen Standorte beispielhaft ist. Genau diesen Diskurs brauchen wir, und der läuft im Rahmen der Klimaschutzgesetzgebung und auch als weiterer Prozess.

Zu der Frage, wer jetzt den Löwenanteil hat und wer es gemacht hat, dass wir in der Steinkohlesubvention runtergekommen sind. – Lieber Herr Wüst, natürlich haben Sie mit Herrn Rüttgers den Ministerpräsidenten gestellt zu der Zeit, als das Abkommen gemacht wurde. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als Herr Steinbrück noch Ministerpräsident war und wir drüben gesessen und verhandelt und im „Düsseldorfer Signal“ die Schließung von Walsum verabredet haben. Wir wissen alle, dass die Frage der Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus ein Prozess war, der über einen ganz langen Zeitraum gelaufen ist, bei dem auch in Ihrer Fraktion Leute waren, die das ganz anders gesehen haben.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wer hat es gemacht?)

– Ja, wer hat es gemacht? – Wenn ich ganz pragmatisch wäre, würde ich sagen: Werner Müller. Wenn ich das auf einen fokussiere, ist er es gewesen, der den Gordischen Knoten durchschlagen hat. Aber in der Bundesregierung war die CDU und hier war

auch die CDU tätig, aber es hat viele gegeben, die an dem Diskurs mitgearbeitet haben. Ich habe auch gar nicht gesagt, dass wir das gemacht haben. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass im Haushalt des Wirtschaftsministers, in dem auch zuzeiten von Frau Thoben der größte, der alles dominierende Posten immer die Steinkohlesubventionen waren.

In diesem Haushalt kommt jetzt Zug um Zug Luft rein. Das ist eine erfreuliche Tatsache. Ich würde also niemals bestreiten, dass unter Ministerpräsident Rüttgers die Landesregierung den Kohleausstieg in Berlin mitverhandelt hat.

Ich könnte Ihnen auch ein paar Negativpunkte anführen, die damals passiert sind und die Herr Rüttgers selber beklagt hat. Aber das nützt alles nichts: Der Prozess ist vernünftig so, und er wird jetzt tatsächlich bis 2018 zum Abschluss gebracht. Der Landeshaushalt hat jedenfalls jetzt die positiven Effekte.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Dinge, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, eingehen und zunächst noch einmal weit zurück zum Düsseldorfer Signal kommen, das ich ja nur von außen betrachtet habe. Ich glaube, es ist gut, dass wir solche Signale in der Zusammenarbeit nicht mehr benötigen.

Ich will beginnen mit dem Thema „Wachstum“. Herr Brockes hat bei seinem Blick in das Statistische Jahrbuch nicht falsch gelegen, er hat nicht etwas Falsches gelesen, sondern wir haben es hier mit Zahlen zu tun, die man in der Tat zur Kenntnis nehmen muss, die man dann aber auch – ich weiß allerdings nicht, ob das alle schon getan haben – etwas detaillierter analysieren muss.

Man muss nämlich gucken: Was sind denn – und dafür gibt es dann auch entsprechendes Rüstzeug – einzelne Ursachen, die zu solchen Werten bei Wachstumsraten, die NRW unter dem Bundesdurchschnitt liegen lassen, führen? Im Plenum würde man sich jetzt gegenseitig Themen um die Ohren hauen. Sie würden den Nichtraucherschutz, das TVgG und den Klimaschutzplan und was weiß ich nicht alles erwähnen.

Aber bei näherem Betrachten der Ursachen werden Sie dafür keinen Beleg finden. Wenn man sich die Zahlen für das Jahr 2014 etwas näher anguckt, dann gibt es zwei Branchen, die maßgeblich – da wird das entsprechend aufgeführt – zu diesem Wert beigetragen haben.

Erstens ist das die Energiewirtschaft. Sie hat bisher in der Debatte nur am Rande eine Rolle gespielt, deswegen will ich das noch einmal hervorheben. Uns überrascht es jetzt nicht wirklich, wenn wir uns nur die wirtschaftliche Situation der beiden großen in NRW ansässigen Unternehmen oder insbesondere Stadtwerke, die es mit Erzeugung zu tun haben, angucken.

Dass das ein sehr großer Block ist – auch wenn Sie sich die Beschäftigtenzahlen einmal ansehen – für die Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen ist offensichtlich.

Diese Unternehmen verlieren an Volumen, bauen – wie auch jüngst noch einmal – Arbeitsplätze ab. Wir haben das wegen des sogenannten Braunkohlekompromisses

lange diskutiert. Wenn das jetzt auch noch einmal ins Haus steht, und zwar sozialverträglich, dann ist eben doch ein Arbeitsplatzabbau. Hier haben wir es mit einer sehr NRW-spezifischen Situation zu tun, die E.ON, RWE und Stadtwerke mit Stromerzeugung betrifft. Da bin ich der festen Überzeugung, dass wir als Landesregierung den Nachweis führen können, dass wir mit unseren, auch sehr langfristig gedachten Entscheidungen genau Planungs- und Investitionssicherheit wiederherstellen. Dass wir uns auf der Bundesebene dafür bei diesem Punkt eingesetzt haben, werden Sie nicht wirklich bestreiten können.

Im Rahmen einer Leitentscheidung tun wir genau das. Sie können die Leitentscheidung in den Details kritisieren. Aber ich möchte einmal wissen, in welcher Branche es irgendein anderes Unternehmen gibt, das mit einem solchen Horizont Klarheit darüber bekommt, was über 2030 hinaus passiert, und daraufhin seine Entscheidungen treffen kann.

Es war nun auch lange im Schwange, es ist längst überfällig gewesen, dass man eine solche Entscheidung wieder trifft. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man sich vor Ort und auch hier im Landtag darüber streitet, wie die Entscheidung im Detail aussieht. Trotzdem führt sie bei allen inhaltlichen Auseinandersetzungen eben zu Planungs- und Investitionssicherheit sowie zu Klarheit.

Das ist etwas, was ich beispielsweise in der letzten Woche noch einmal mit dem Gesamtbetriebsrat sehr intensiv diskutiert habe. Es geht dabei eben nicht nur um Leitentscheidungen, sondern auch um die jetzt anstehende Frage des Strommarktdesigns, in die wir uns massiv einbringen. Es geht um Kraft-Wärme-Koppelung und um die Frage, wie das KWKG künftig ausgestaltet ist. Dieses hat massive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Struktur zum Beispiel in den Stadtwerken.

Es geht last but not least – auch darüber ist die Diskussion jetzt entbrannt; sie kommt bis zum Januar etwas zur Ruhe, weil dafür eine Kommission eingesetzt ist – um die Frage, wie mit den Rückstellungen umzugehen ist, die für den Ausstieg aus der Atomenergie weiter bereitzustellen sind.

Wenn Sie einmal das Volumen eines Arbeitsplatzabbaus und einer Restrukturierung bei E.ON, bei RWE usw. nehmen – wir können über viele mittelstandsfreundliche Politikansätze innerhalb der Landespolitik sprechen –, dann haben wir es ganz klar mit entsprechenden Faktoren für das Wirtschaftswachstum und für diese Zeit zu tun. Das ist Punkt 1 der Analyse.

Punkt 2 betrifft die Automobilbranche, die im letzten Jahr ein massives Minus hatte. Nun bin ich bei den Automobilherstellern bzw. bei den -zulieferern mindestens genauso viel unterwegs im Land wie Sie; zu dem Thema haben Sie ja vorhin auch ein paar Dinge besprochen.

Es ist hochinteressant, dass auf den ersten Blick keiner – wenn man mit Herrn Kirchhoff oder anderen aus dieser Branche spricht – bestätigt hat, dass die Branche im letzten Jahr einen Einbruch gehabt hat.

Heute wird in der Zeitung noch einmal bestätigt, dass die Branche da sehr robust ist. Wer war unmittelbar vor „Dieselgate“ auf der IAA gewesen ist, hat genau diese Meldung überall wahrnehmen können. Von Krisenanzeigen keine Spur!

Warum ist dies trotzdem die zweite Branche, die in Nordrhein-Westfalen zu diesem Wachstumsabstand führt? – Wir hatten eine Standortschließung, bei der 3.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Einen solchen Verlust heben Sie durch keine Mittelstandsstruktur wieder auf. Auch wenn es dem Mittelstand relativ gut geht, kann dieses Volumen nicht bei den einzelnen Zulieferern kompensiert werden.

Wenn man sich die Mühe macht, in diese Analyse konkret einzusteigen, und nach den eigentlichen die Ursachen fragt, kommt man eben nicht zu dem Ergebnis, das hier gerade vorgetragen wurde, dass an der einen oder anderen Stelle falsche Weichenstellungen gemacht worden sind, sondern da kommt man zu den von mir gerade beschriebenen Ergebnissen.

Chemie ist eine sehr wichtige Branche, die wir auch im Blick haben. Natürlich ist klar, dass wir es mit Investitionsentscheidungen beispielsweise zugunsten amerikanischer Standorte zu tun haben. Da hat das Thema „Energiepolitik“ auch wieder seine großen Ursachen gesetzt. Wenn es darum geht, optimale Standorte zum Beispiel in diesem Bereich, der ja auch mit zu diesem Komplex der Pharmaindustrie gehört, zu finden, dann können wir mit großer Freude Folgendes feststellen:

Ich war in der letzten Woche mit dem Kollegen Bell in Wuppertal, wo an diesem Standort mehrere 100 Millionen investiert worden sind, um dort ein neues Produkt Forschung, Entwicklung und Produktion zu machen, und zwar nach einem langen Entscheidungsprozess zwischen zwei Standorten: einer Stadt in den USA und Wuppertal in Nordrhein-Westfalen. Die Entscheidung ist dann zugunsten von Nordrhein-Westfalen und zugunsten des Wuppertaler Standortes gefallen. Also gibt es auch in diesem Bereich Entwicklungen, die sehr für diesen Standort sprechen, die etwas mit den Faktoren „Nähe zu Hochschulen“, „gut ausgebildete Fachkräfte“, aber auch andere Rahmenbedingungen, die dort vor Ort geschaffen worden sind, zu tun haben.

Dann gibt es noch ein paar andere Punkte, die man bei dieser Wachstumsdebatte mit beachten kann. Ich nehme an, Herr Wüst liest die Dinge zumindest oder nimmt sie grob zur Kenntnis genauso wie ich. Zurzeit kommen aus den einzelnen Industrie- und Handelskammern wieder Berichte; es ist gerade wieder so eine Phase, in der wir fast täglich einen dieser Berichte aus den 16 Industrie- und Handelskammern bekommen. Ich lese ich dann nicht nur die Überschriften, die wir Ihnen noch einmal schön zusammenstellen könnten. In allen Kammerbezirken gibt es eine positive Aussicht, gibt es eine positive Feststellung der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung, es gibt Optimismus. Alles das, was Sie gerade beschrieben haben, dass wir uns da nur loben würden, weil wir gerade an der Regierung seien und das sozusagen unser Job sei, korrespondiert überhaupt nicht mit der eigenen Wahrnehmung innerhalb der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Zu den statischen Dingen habe ich etwas gesagt. Aber was die eigene Wahrnehmung betrifft – das kann man in diesen Magazinen und in den Stellungnahmen der IHK-Reporte gut nachlesen –, haben wir eine ganz andere Situation als die, die Sie darstellen.

Natürlich haben wir hier auch – das wird auch nicht das letzte Mal sein – beispielsweise über das Thema „Flächen“ gesprochen. Welche Entwicklungspotenziale haben wir bei den Flächen? Ich weiß nicht, wer von Ihnen vor drei Wochen in München auf der Expo Real war, auf der alle Regionen sehr stark vertreten waren. Ich habe Herrn Lienenkämper dort auch getroffen, und er wird Ihnen im Zweifel auch noch einmal bestätigen können, dass keine Region so dasteht, wie Sie hier manchmal den Eindruck erwecken, dass die sich nämlich auf der Expo sagen: Wir werben hier für unsere Region. Aber kommt bloß nicht zu uns, weil wir keine Flächen haben! – Das Gegenteil ist ja der Fall. Die bieten dort an, was sie zur Verfügung haben.

Und Herrn Beckhoff haben alle irgendwie getroffen. Ich habe ihn auch schon wer weiß wie oft getroffen und habe ihn auch in Verl besucht. Das Problem von Herrn Beckhoff bei der Unternehmenserweiterung in Verl ist ein ganz konkretes, lokales Problem in dem Gewerbegebiet, in dem ein Grundstückseigentümer nicht an ihn verkaufen will. Das hat mit Landesentwicklungsplanung oder mit irgendwelchen anderen übergeordneten Dingen schlicht und einfach gar nichts zu tun. Das ist ein ganz originär lokales Problem – und nichts anderes –, was der dort zuständige Stadtrat vielleicht irgendwann lösen kann. Ich glaube, dass man, wenn man sich differenziert mit diesen Fragestellungen auseinandersetzt, auch zu positiven Ergebnissen kommt, die nicht die Statistik verändern, aber dafür gibt es Ursachen.

Als zweiter Punkt ist Industrie 4.0 und die Digitalisierung angesprochen worden. Ich will jetzt gar nicht auf das ganz Thema „Start-ups“ etc. noch einmal eingehen, weil das im Haushalt auch noch eine besondere Rolle spielt. Ich bin davon überzeugt, dass unsere digitale Strategie inhaltlich auch entsprechend unterlegt ist. Sie, Herr Wüst, sagen, wir hätten ja nichts dazugetan, das sei ja alles nur Berliner Geld. „Berliner Geld“ ist richtig. Aber ich habe hier schon einmal dargestellt, dass wir bei Elektromobilität eben kein Berliner Geld bekommen haben, weil auch durch eine Landesregierung mit organisiert werden kann, ob man erfolgreich ist oder nicht. Wir haben hier organisiert, dass die Akteure von Lemgo, Paderborn, Dortmund bis nach Aachen bzw. Mülheim unter einem Dach die Bewerbung abgegeben haben. Deswegen waren sie erfolgreich. Das ist uns aus Berlin noch einmal bestätigt worden. Deswegen haben wir diesen Erfolg gehabt. Wir begleiten das zum Beispiel mit ungefähr 4,7 Millionen € für das CPS und unterstützen es mit entsprechenden Konferenzen. Wir haben in der letzten Woche – einige Abgeordnete habe ich in einem Hunderte von Menschen großen Publikum im Maritim am Flughafen gesehen, als das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam mit dem VDMA, gemeinsam mit unserem Cluster Produktion, gemeinsam mit uns eine große Veranstaltung zu dem Thema „Industrie 4.0“ gemacht hat.

Herr Meier-Scheuven als derjenige, der dort der Sprecher und gleichzeitig IHK-Präsident in Bielefeld ist, und Herr Dr. Veske als Präsident des VDMA haben sich gemeinsam überlegt, wo sie diese bundesweite Veranstaltungsreihe zuerst machen, nämlich bei uns, in Nordrhein-Westfalen, weil sie sagen: Da ist das größte Potenzial, da haben wir die besten Startvoraussetzungen. Wir konnten auf der Veranstaltung deutlich machen, dass wir mit der finanziellen Unterstützung für unser Cluster, das wir jetzt für drei Jahre mit dem entsprechenden Förderbescheid weiterführen, auch die Voraussetzungen schaffen.

Oder nehmen Sie die Konferenz, die auch etwas ganz Besonderes ist, weil sie hier bei uns in den Rheinterrassen stattgefunden hat. Dabei ging es um die Fragen der Industrie 4.0 geht vom Metallarbeitgeberverband gemeinsam mit der IG Metall veranstaltet und Hunderten von Gästen, um sich den damit verbundenen Fragestellungen zu nähern. Da sitzt dann aber komischerweise keiner der sagt: Eigentlich könnten wir viel mehr, wenn diese Landesregierung nicht wäre. – Vielmehr sagen die: Wir sehen die Landesregierung hier gut aufgestellt, wir sehen sie als den Partner, mit dem wir diese Fragen, die uns beschäftigen, auf den Weg bringen.

Oder: Herr Bombis, wir waren vor einer Woche zusammen in Bonn: IHK NRW – eine große Veranstaltung in dem Telekom-Gebäude. Ich habe bei solchen Veranstaltungen – korrigieren Sie mich, wenn es anders ist – nicht den Eindruck, dass dort ein Forderungskatalog an die Landesregierung vorgelegt werden sollte, sondern man arbeitet gemeinsam – wenn es um Industrie 4.0 geht – an noch vielen offenen Fragestellungen. Was heißt das eigentlich für mittelständische Unternehmen? Deswegen ist es richtig, unsere Strategie in den einzelnen Regionen aufgrund der Disparitäten, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, fortzuführen und möglichst viel einen gemeinsamen Dialog mit den Kammern zu führen, um diese Zurückhaltung zu diesem Thema, die wir im Mittelstand leider beobachten und die dann irgendwann wieder auch zu einem schlechten Wachstum führen kann, wenn diese Zurückhaltung so bleibt, aufzubrechen. Das können wir nur gemeinsam mit den Kammern machen, und deshalb ist unsere Strategie auch richtig.

Dritter Punkt: Bürokratieabbau. Der erschöpft sich nicht in einer Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Auch dazu haben wir eine ganze Reihe von Punkten vorgelegt, die auch im Mittelstandsbeirat diskutiert werden, die in der Clearingstelle in der sehr viel beachteten und positiven Arbeit dort vorangebracht werden.

Ich will nur einen inhaltlichen Punkt klarstellen; denn klang so an, als käme da nichts nach dem Eckpunktepapier. Da kommt auch bis Weihnachten nichts. Das will ich einmal erklärt haben, damit dies alle nachvollziehen können. Wie Sie es dann bewerten, ist immer noch Ihre Sache.

Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt mit einem Gesetzesentwurf vor den Ausschuss zu treten, wenn wir bis zum 18. Dezember, also der letzten Sitzungswoche in Berlin, eine GWB-Novelle erwarten. Da ist viel im Schwange, viel in der Diskussion. Aber das hat natürlich – das werden Sie bestätigen können – massive Auswirkungen, etwa wenn es um Zuschlagskriterien und solche Fragen geht, auf das, was wir hier machen. Wir wollen uns da nicht konterkarieren lassen. Deswegen warten wir diese GWB-Novelle – Sie sind in der Diskussion ja mit dabei – zunächst ab.

Zweitens gibt es am 18.12., glaube ich, ein EuGH-Urteil. Sie werden uns sicherlich zustimmen, dass wir nicht einen Gesetzesentwurf auf den Weg bringen, der – wir kennen das EuGH-Urteil zwangsläufig noch nicht – davon konterkariert werden könnte, sondern wir wollen beide Dinge, GWB-Novelle und EuGH-Urteil, in unseren Gesetzesentwurf mit einfließen lassen. Und deswegen wird es den erst danach geben können. Aber dann – da bin ich mir sicher – werden wir in diese Diskussion auch sehr konkret einsteigen können.

Es ist viel über Erfahrungen gesprochen worden. Herr Wüst weiß – wir haben auch einmal bei ihm im Wahlkreis oder zumindest in seinem Kreis eine Veranstaltung gemacht, bei der das Wirtschaftsministerium, der Wirtschaftsminister die Unternehmen aus der Region einlädt, um einen Dialog zu führen, bei dem es nicht darum geht, lange Reden zu halten, sondern nur die Unternehmen zu bitten, ihre Punkte vorzutragen.

Wir haben das in der letzten Woche im Kreis Wesel wieder gemacht. Wir fuhrten wieder mit der gesamten Hausspitze dahin, Regierungspräsidentin Frau Lüttges und ebenso Vertreter der NRW.BANK waren noch mit dabei. Das ist ein probates Instrument. Wir haben das gerade in Wesel gemacht; wir waren schon in Borken, in Euskirchen, in Höxter und ich weiß nicht, wo noch. Und die dort versammelte Unternehmerschaft – alles ganz normale Mittelständler – hat aus ihrer Sicht vorgetragen.

Das Hauptthema war eine Stunde lang das Thema „Flüchtlinge“, mit dem sie auf uns zugekommen sind. Ich will das gerne aufgreifen, weil vorhin gesagt wurde, das würde im Haushalt noch gar nicht stattfinden. Es wird dort stattfinden. Sie haben gestern verfolgt, dass sich der Finanzminister dazu noch einmal geäußert hat. Wir sind hier spätestens seit dem Sommer – vorher auch schon ein bisschen – in einer außerordentlich schwierigen Situation. Natürlich wird das auch insgesamt im Haushalt seinen Niederschlag finden.

Es geht um die Anerkennung, es geht um die Arbeitsmöglichkeiten, und deswegen werden der Arbeitsminister Rainer Schmelzer und ich am 14. Dezember mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft eine gemeinsame Veranstaltung machen, um über diese offenen Fragestellungen zu sprechen, um optimale Möglichkeiten, auch für die Wirtschaft wirklich konkrete Hilfe leisten zu können, dort zu besprechen. Ich glaube, das ist genau der richtige Schritt. Es wird dann in den einzelnen Scheiben, die jetzt auf uns zukommen – Nachtrag, Ergänzungsmitteilung usw. –, dann auch seinen Niederschlag finden. Das konnte in diesem Entwurf so noch nicht berücksichtigt werden.

Das Zweite – darüber werden Sie hier noch diskutieren –: Wir werden darüber insbesondere am Freitag am Runden Tisch sprechen. Das ist dann das Thema „Breitbandanbindung, schnelles Internet“. Wir haben wiederholt schon deutlich gemacht, dass für uns das Thema „synchrone Verbindungen in Gewerbegebieten“ eine absolute Priorität hat. Und wir werden am Freitag endgültig darüber sprechen können, was wir mit dem Geld des Bundes tun, wie das hier ankommen soll, wie das begleitet wird. Wir sind in enger Abstimmung zwischen den Ressorts und haben die Entscheidungen weitestgehend vorbereitet, sodass wir darüber am Runden Tisch auch endgültig befinden können. Das ist natürlich ein wichtiges Thema für die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist uns sehr bewusst, und deswegen wird daran auch mit hoher Energie und mit großem Einsatz gearbeitet.

Ich glaube, dass man, wenn man diese Punkte noch einmal aus Ihrer Diskussion aufgreift, wirklich zu dem Ergebnis kommt: Es geht hier nicht darum, dass man sich einfach nur lobt und die Realität ignoriert, sondern es geht darum – das war eigentlich das größte Lob, was Sie uns vorgeworfen haben –, Kontinuität zu zeigen. Und wir arbeiten hier in einer Kontinuität, haben immer auch die Stellschrauben im Blick, um zu sehen, was man bei der Digitalisierung, bei den Förderprogrammen noch zusätzlich machen kann. Aber wir sind nicht gezwungen, hier ganz grundsätzliche Dinge infrage

zu stellen, sondern wir bringen unser Land mit großen Anstrengungen auf einen guten Weg, um nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu optimieren, sondern vor allen Dingen dafür zu sorgen, dass Menschen in den Betrieben Nordrhein-Westfalens auch gute Arbeit finden. Das ist für mich eigentlich das entscheidende Kriterium, an dem wir uns messen lassen wollen. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, zunächst der Kollege Brockes, dann der Kollege Wüst.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Minister, nicht nur für Ihre Ausführungen, sondern auch dafür, dass Sie im Gegensatz zum Kollegen Priggen die Realität nicht ignorieren und auch die Fakten nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sich damit und auch mit dem Wachstumsdefizit, das wir nun einmal haben, auseinandersetzen und überlegen, wie wir das überwinden können. Sie haben jetzt zwei Bereiche herausgenommen und daran dieses Defizit entsprechend manifestiert: die Energiewirtschaft und den Automobilbereich.

Lassen Sie mich als Erstes auf die Energiewirtschaft eingehen. Da muss ich ehrlich sagen: Sie haben gerade in der Vergangenheit immer wieder bei Entscheidungen der Bundesregierung deutlich gemacht, wie sehr Sie dort Einfluss genommen haben. Daher muss ich Sie fragen: Warum haben wir dann dieses Defizit, wenn Sie dort so gut gearbeitet haben?

Umgekehrt: Zum Beispiel bringt die Bundesregierung jetzt einen solchen Vorschlag wie die Kohleabgabe auf den Markt und Sie rühmen sich, dass Sie das verhindert haben, dass es nicht ganz so schlimm gekommen ist, was aber auch zu Arbeitsplatzabbau in unserem Land beitragen wird. Könnte das vielleicht daran liegen, dass Sie mit der neuen Leitentscheidung zu Garzweiler die Braunkohle selbst infrage gestellt haben und letzten Endes auch selbst dazu Ihren Beitrag geleistet haben, dass früher oder später hier auch Arbeitsplatzabbau vorgenommen wird? Da müssen Sie sich wirklich selbst an die Nase fassen und Ihre Arbeit dort noch einmal infrage stellen.

Ebenso ist es beim Automobil. Sie haben betont, die Automobilindustrie sei einer der Punkte ist, warum wir dieses Wachstumsdefizit haben. Nordrhein-Westfalen ist aber nicht das einzige Bundesland, das sehr stark an der Automobilindustrie hängt. Wie sieht es denn in Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern aus? Wenn Sie das allein an Opel deutlich machen wollen, frage ich, was denn dann mit Thüringen, mit Eisenach ist. Warum liegen die im Wachstum vor uns? Das muss doch wirklich einmal hinterfragen. Die haben ähnliche Probleme wie Opel, was dort den Arbeitsplatzabbau angeht.

Deshalb sage ich ganz klar: Das können nicht allein die Punkte sein. Da sind andere Hemmnisse, die uns schlechter stellen, sonst wäre Nordrhein-Westfalen nicht in dieser desaströsen Situation, dass wir auf Platz 15 der Bundesländer liegen.

Selbst wenn dies die beiden Hauptpunkte wären: Wo, Herr Minister, sind dann Ihre Maßnahmen in diesem Haushalt, um entsprechend gegenzusteuern? Nicht, aber auch gar nichts, finde ich davon in diesem Haushalt.

Hendrik Wüst (CDU): Ich hätte zunächst gerne einmal die Bitte ausgesprochen, ein Wortprotokoll von der Verteidigungsrede von Herrn Duin zu bekommen. Da kann man dann alles noch einmal nachlesen, was da wie gesagt worden ist. Die Verteidigungsrede war so lang und ausführlich, Herr Priggen – so schlecht und so substanzlos scheint die Kritik der Opposition nicht gewesen zu sein, sonst hätte er ja einfach die Hände in den Schoß legen können.

Sie haben im Übrigen, Herr Priggen, eben noch einmal gesagt: Jetzt kommt Luft in den Etat. In diesen Etat des Wirtschaftsministeriums kommt überhaupt keine Luft durch den Abbau der Steinkohlesubventionen, weil das Geld komplett zum Finanzminister geht. Ich sage es Ihnen noch einmal auf den Kopf zu: Sie haben diesen Etat nicht gelesen, Sie haben die Rede des Wirtschaftsministers nicht gelesen. Kommen Sie in der Sacharbeit dieses Ausschusses an, Sie reden dummes Zeug.

Dritter Punkt: Herr Wirtschaftsminister, Sie haben eben ausgeführt, für die Wachstumsschwäche und die Arbeitslosenzahlen seien Einzeleffekte hauptverantwortlich, nämlich Energiepolitik, RWE, E.ON und ein Automobilzulieferer mit 3.000 Arbeitsplätzen. Wir haben eine höhere Arbeitslosigkeit, 40 % höher als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Das sind nicht 3.000 Arbeitsplätze, das ist mehr, das ist eine langfristige, verfestigte Entwicklung in diesem Land. Die ist nicht gut. Ich mache sie Ihnen nicht zum Vorwurf. Aber ich erwarte von jemandem, der hier so kraftvoll auftritt, dass er dann nicht Einzeleffekte ins Schaufenster stellt und sagt: „Ich kann daran im Grunde genommen nichts machen“, sondern dass er hier viel kraftvoller zulegt.

Sie sind unglaublich fleißig unterwegs, und die Menschen bei uns in der Region sind auch freundlich, das war auch ein guter Termin, ich bin selber da gewesen, und zwar im Foyer der Fachhochschule Gelsenkirchen, Standort Bocholt. Das ist schon zweieinhalb oder drei Jahre her. Daraus, dass die Leute freundlich sind, kann man nicht schließen, dass es keine Kritik gibt. Da kann ich Sie nur auf die gefühlten drei letzten Reden von Herrn Maier-Hunke verweisen. Letztes Mal war Herr Gabriel als Hauptredner anwesend. Da waren Sie als Gast zugegen, wir saßen in Blickachse. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass Sie da waren. Die Kritik ist natürlich da und sie ist substanzvoll, aber sie findet in Ihrem Handeln keine Entsprechung.

Das war ein Vortrag, Sie haben Argumente, da sei noch ein EuGH-Urteil, die GWB-Novelle und das Tariftreue- und Vergabegesetz – alles schön. Abgefeiert haben Sie das schon im April. Sie liefern eben aber nicht. Es ist genauso beim Breitband; da liefern Sie auch offensichtlich nicht. Nach allem, was ich jetzt höre, haben Sie da schon wieder verschoben. Und wenn man die Herausforderung Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit nicht leugnet, ist das in Summe dann zu schwach.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Brockes, das was Sie jetzt gemacht haben – die Argumentation bezogen auf die Zahlen des Wirtschaftsministers für die Energiewirtschaft und die Autoindustrie –, war doch nun wirklich der Offenbarungseid dafür, was Handlungslosigkeit angeht.

Wenn Sie nur ein bisschen überlegen: Was ist der Grund dafür, dass in diesem Land zwei Drittel der Emissionen aus der Stromerzeugung in Kohlekraftwerken kommen und

dass in diesem Land diese Bereiche Probleme haben? Das hat zu tun mit einer Klimaschutzpolitik der Bundesregierung – angefangen bei der Koalition SPD/Grüne, fortgesetzt bei der Koalition unter Frau Merkel mit der SPD, dann über Schwarz-Gelb bis jetzt wieder zur Großen Koalition. Eine Kontinuität gab es eigentlich schon davor mit Helmut Kohl. Das heißt, es gibt eine Veränderung in der Energielandschaft, und diese trifft am allerstärksten in der Bundesrepublik das Land, das am stärksten von Braun- und Steinkohle abhängig war. Das ist eine ganz einfache Mechanik, die Sie sich aus allen Kennzahlen herleiten können.

Was Sie in den fünf Jahren, als Sie hier regiert haben und Frau Thoben Wirtschaftsministerin war, falsch gemacht haben, ist Folgendes: Sie sind durch das Land gezogen und haben alle aufgefordert, noch Kohlekraftwerke zu bauen. Alle, die Ihnen in den Jahren zwischen 2005 und 2010 auf den Leim gegangen sind, weinen heute bittere Tränen, dass Sie das gemacht haben.

Das sind Trianel in Lünen, an der unsere Stadtwerke beteiligt sind und für die wir jedes Jahr 10 Millionen abdrücken, weil die nicht mal mehr den Kapitaldienst erwirtschaften können, sondern gerade mal die Betriebskosten. Das ist RWE mit dem Doppelblock in Hamm, wo jetzt die Stadtwerke den Gekko-Anteil für 1 € zurückgeben können, wenn sie Glück haben. Und, und, und – das könnten wir fortsetzen.

Das heißt, Sie haben die aufs falsche Gleis gesetzt. Und dann Herrn Duin aufzuwerfen, weil er doch so einen Einfluss in der Berlin hat, warum er nicht dafür sorgt, dass diejenigen, die auf dem falschen Weg sind, da jetzt herauskommen, ist schon sehr absurd.

Sie wissen genau: Der Prozess läuft, er läuft langfristig, er ist eine unglaubliche Herausforderung. Das Kunststück in NRW ist es, die neuen Bereiche bei der starken alten Prägung nicht zu vernachlässigen, sondern aufzubauen und die Altunternehmen – so weit es geht – dabei mitzunehmen und nicht die Stadtwerke in die Knie gehen zu lassen. Das ist das Kunststück.

Jetzt kann man zu dem Kompromiss, der in Berlin getroffen und jetzt fixiert worden ist, so oder so stehen. Rund 900 Millionen gehen an RWE über sieben Jahre verteilt. Dafür werden fünf Blöcke à 300 MW stillgelegt; sie gehen zunächst in einer bestimmten Staffel in die Reserve und werden 2021 dann ganz außer Betrieb gesetzt. Es ist aber zumindest ein Kompromiss, mit dem sozialverträglich dafür gesorgt wird, dass Personalanpassung laufen kann.

Man kann eine kritische Meinung dazu haben, ob das noch sein muss, aber es ist beschlossen, und es eröffnet damit eine Perspektive, ohne dass es zu Brüchen bei den Belegschaften kommt. Das haben wir im Bereich der Steinkohle alles schon einmal ganz lange durchexerziert. Damit muss man umgehen.

An Ihrer Stelle dann daraus den Vorwurf zu machen, Herr Duin hätte nicht dafür gesorgt, dass diese strukturellen Probleme weg sind, hat mit der Sache wirklich nichts zu tun.

Bei der Autoindustrie ist die Lage wirklich ganz einfach. Wir haben einen großen Standort und haben oft über Opel Bochum diskutiert. Der Minister hat dazu eine Runde einberufen, in der er immer zeitnah informiert hat. Dass das bei Strukturdaten stärker als anderes durchschlägt, ist dann auch eindeutig.

Was mich aber fasziniert, ist Folgendes: Sie argumentieren mit Zahlen. Der Wirtschaftsminister liefert zwei Erklärungen mit einer zumindest doch guten Plausibilität und Sie haben keine Antwort darauf, was Sie aus Ihren Zahlen machen. Dann müssten Sie doch reingehen und eigentlich sagen können, was es denn ansonsten ist. Da kommt aber von Ihnen gar nichts.

Herr Kollege Wüst, Sie haben mich zweimal gefragt, wann ich denn hier im Ausschuss ankommen wolle. Wissen Sie, wenn man sich das alles anhört, und wenn man dann miteinander im Wettbewerb, auch im politischen, steht und sich dann einmal fragt: „Wer ist denn von der anderen Seite derjenige, der gerne auf den Sessel des Wirtschaftsministers möchte, wenn es 2017 klappt?“, dann stellt man fest, dass das, was Sie hier bohren, ein ganz dünnes Brett ist. Das, was Sie machen, ist ein Halbtagsjob – ein bisschen in seiner Rede fleddern, sich jetzt ein Wortprotokoll geben lassen, damit Sie für das Plenum die Arbeit nicht selber machen müssen. Aber wo ist der Entwurf davon, was ein potenzieller Wirtschaftsminister ...

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Ja, nun lassen Sie mich doch mal, Sie müssen sich das schon anhören, wenn Sie so austeilen. So arbeiten Sie nicht, das habe ich jetzt ein paarmal gemerkt. Also so weit bin ich hier schon angekommen, dass ich gemerkt habe, wie Sie arbeiten. Das ist immer sehr flach gesurft, anstatt dass man in der Substanz einmal erkennt, was Sie denn wollen, was Ihr alternatives Bild ist, welches die Vorstellung der CDU und eines möglichen alternativen Ministers zu Minister Duin ist. Da kommt gar nichts außer ein bisschen rumkrabbeln in den Sachen. Gut, das kann man machen, so kommt man durch.

Kommen Sie hier doch endlich an und sagen, was Sie als Alternative 2017 wollen. Dann können wir beide uns darüber gut unterhalten.

Rainer Christian Thiel (SPD): Ich würde hier gerne die Gelegenheit nehmen, in Richtung Wirtschaftsminister und Landesregierung ganz ausdrücklich zu sagen, dass sie bei der Frage der nationalen Klimaschutzabgabe einen für NRW hervorragenden Job gemacht haben. Dass Sie jetzt versuchen, hier daran herumzukritisieren und ein bisschen hier und da noch etwas daran zu kratzen, zeigt ja nur, dass Sie im Grunde genommen diesem Urteil eigentlich zustimmen müssten, wenn Sie mit der Sache adäquat umgehen.

Was ist denn da jetzt entschieden worden? Damit Deutschland seine selbst gesetzten ehrgeizigen Ziele erreicht, soll die Energiebranche in NRW einen besonderen Beitrag leisten. Das wird in der Form gemacht, dass jetzt fünf Blöcke sukzessive vom Netz gehen. Um diese CO₂-Einsparungen zu ermöglichen, gehen sie zunächst in eine Sicherheitsreserve. Das fängt im Oktober 2017 an mit den ersten beiden Blöcken und endet im Oktober 2019 mit dem letzten Block in Neurath. Das läuft bis etwa 2023 noch

mit dem letzten Block weiter, und dann gehen sie endgültig vom Netz. Das ist der Vorgang.

Das ist ein Vorgang, mit dem die Region gemessen an dem, was sonst gedroht hätte, gut leben kann. Jeder weiß hier, dass mit der nationalen Klimaschutzabgabe der Strukturbruch in der Form zustande gekommen wäre, dass sämtliche Tagebaue hätten geschlossen werden müssen und in der Folge natürlich auch die Kraftwerke. Das ist jetzt vermieden worden.

Das wird vom RWE-Konzern entsprechend gewürdigt, wird von den Gewerkschaften entsprechend gewürdigt und das kann man hier auch einmal so anerkennen. Wir haben oftmals eine unterschiedliche Sicht der Dinge, aber was hier gemacht worden ist, ist für Nordrhein-Westfalen eine wichtige Weichenstellung.

Einen anderen Punkt muss man auch bedenken: Hier wird ja mangelnde Investitionstätigkeit beklagt. Wir haben in diesem Jahr in Chempark in Dormagen die Einweihung der TDI-Anlage feiern können. Die liegt in unmittelbarer Kraftwerksnähe, und das ist auch eine Standortnähe, die etwas mit Energieversorgungssicherheit zu tun hat. Die ist hier gewährleistet.

Die Arbeitsplatzperspektive bis 2045 ist hier deutlich ausgesprochen worden. Die Energieversorgungssicherheit ist hier deutlich unterstrichen und auch zu verträglichen Preisen. Das ist ein Signal an die Industrie in Nordrhein-Westfalen, das sicher seine Wirkung noch entfalten wird. Das muss man hier einmal deutlich aussprechen. Ich sage noch einmal ganz ausdrücklich: Anerkennung und auch Lob an das Wirtschaftsministerium, das hier wirklich einen guten Job gemacht hat.

Oliver Bayer (PIRATEN): Ich fange mit der Braunkohle an. Für NRW mag es ja gut klingen, dass es keine Abgabe für Braunkohlekraftwerke gibt. Das ist aber gefährlich für Nordrhein-Westfalen, vor allem, wenn man denkt, dass das nicht nur so ein Aufschlag ist, um vielleicht Schlimmeres in irgendeinem Bereich zu verhindern, sondern glaubt, dass damit noch einmal Arbeitsplätze gesichert werden. Das ist einfach nicht der Fall. Es wäre für Nordrhein-Westfalen vielleicht noch besser gewesen – für Deutschland auf jeden Fall –, man hätte es einfach so umgesetzt und eine entsprechende Abgabe eingeführt, anstatt noch Zusätzliches zu subventionieren, indem man Kraftwerke vorhält.

Ich muss in dem Teil sogar Herrn Priggen recht geben, dass in NRW die Erhaltungsmaßnahmen in den Bereichen Steinkohle und Braunkohle gerade NRW in eine fatale Lage gebracht haben, auch wenn sich die Grünen in dieser Landesregierung bezüglich Datteln usw. in dieser Legislaturperiode kein Ruhmesblatt verdient haben. Natürlich ist es so, dass es große Probleme gibt, die bewältigt werden wollen, und zwar nicht nur im Wirtschaftsressort, nicht nur im Wirtschaftshaushalt. Dass RWE keine Dividenden mehr oder weniger Dividenden an die Kommunen zahlt, ist natürlich ein riesiges Problem für diese Kommunen.

Aber auch in anderen Bereichen funktioniert der Querverbund in den Kommunen nicht mehr. Das ist ein Problem, das sich in dem Haushalt, den wir gerade diskutieren, nicht widerspiegelt, aber es ist ein riesiges finanzielles Problem für Nordrhein-Westfalen.

Die Fehler sind natürlich in der Vergangenheit gemacht worden, und wir sollten die Fehler, die wir in der Vergangenheit gemacht, nicht in der Zukunft wiederholen.

Deshalb muss man endlich einmal den Mut haben, in dem Bereich einmal Altes aufzugeben und, wenn man an die Zukunft denkt, auch ein bisschen mehr Mut haben. Ich erinnere an das Braunkohlerevier, wo es jetzt Überlegungen gibt, wie man den Strukturwandel bewältigt, und wofür es auch von der Landesregierung entsprechende Projekte gibt. Aber es fällt nicht viel mehr ein, als dass man dort irgendetwas mit Energie macht oder dass man dort die Logistikbranche ansiedeln möchte, was man überall machen möchte, weil einem nichts Besseres einfällt. Das schafft auch keine qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Wichtig ist, zu fragen: Was hat man denn? Wo stehen wir denn? Und ich nehme jetzt einmal das Konkurrenzdenken zu anderen Bundesländern: Wo sind wir denn vielleicht besser, wenn man die aktuellen Entwicklungen sieht? – Die Chemieindustrie ist immer ein tolles Beispiel. Wir hatten eben aber auch die Automobilzulieferer angesprochen, die ich einmal aufgreife. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen Automobilzulieferer, die sehr gerne etwas für zukünftige Technologien entwickeln würden. Wir haben Anbieter in Nordrhein-Westfalen, in Wuppertal, aber auch anderswo, wo Komplettsysteme angeboten werden, die sehr zukunftssträchtig sind und – ich sage das einmal so – auch in jedes Google-Auto oder in jedes Apple-Auto eingebaut werden können.

Wenn man auf Bundesebene, aber durchaus auch auf Landesebene auf alte Technologien setzt und die auch noch fördert – ich spreche das jetzt nur ganz kurz an – zum Beispiel die Dieseltechnologie, anstatt dort einen Umschwung zu erreichen, dann verhindert man damit, dass die Zulieferer in Nordrhein-Westfalen diese Innovation einsetzen können. Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen gerade dadurch, dass wir weniger die Autobauer haben – auch wenn wir natürlich Ford in Köln und Daimler in Düsseldorf usw. haben –, die sich an alte Geschäftskonzepte klammern müssen, sondern mehr Zulieferer und mehr Unternehmen haben, die Innovationen entwickeln können, vielleicht auf im Software-Bereich, langfristig einen Vorteil haben.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die Uhr möchte ich Ihnen vorschlagen, dass wir nach anderthalb Stunden Debatte zum Haushalt diesen Meinungsaustausch beenden sollten. Es gibt noch die Möglichkeit, dass man untereinander auf das eine oder andere Argument beim Kaffee draußen noch eingehen kann.

Ich würde gerne mit Blick auf unser weiteres Programm und den 13:00 Uhr-Termin, der sich mit dem Handwerk anschließen soll, diese Debatte beenden. Ich sehe auch Zustimmung aus Ihren Reihen.

Wir rufen das Thema „Haushalt“ zu möglichen Anträgen, aber auch zur Verabschiedung des Gesamtpaketes, noch einmal wieder auf.

